

150825-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – FM-Berater Mieterausbau Bonn

OJ S 47/2025 07/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: FM-Berater Mieterausbau Bonn

Beschreibung: Die hier gegenständlichen FM-Beratungsleistungen erfolgen im Rahmen des Projekts "Mieterausbau Bonn". Näheres hierzu ist der Anlage 5 "Projektbeschreibung" zu entnehmen.

Kennung des Verfahrens: d2fed777-1b39-46a0-b69b-9a97ee49aff8

Interne Kennung: VOEK 608-24

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123, 124 GWB, sowie Mindestanforderungen nach Bewerberauskunft (Anlage 1), Bewerberauskunft Russland-Bezug (Anlage 1.1) und Verfahrensleitfaden

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Facility-Management-Beratung für den Mieterausbau eines Bürokomplexes in Bonn
Beschreibung: Das vorliegende Projekt umfasst die Anmietung und den Ausbau eines Bürokomplexes in Bonn für eine Sicherheitsbehörde des Bundes. Das Gebäude wurde im Jahr 1993 errichtet, umfasst eine Bruttogrundfläche (BGF) von ca. 85.200 m² und wurde bislang als Bürogebäude genutzt. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist als Auftraggeber für den Mieterausbau verantwortlich, während der Vermieter für eine umfangreiche energetische und technische Sanierung im Zeitraum zuständig ist. Das Bauprojekt gliedert sich in drei wesentliche Ausbauphasen: Vermieterausbau (VMA), Mieterausbau im Vermieterausbaubereich (MAV) und Mieterausbau im Mieterausbaubereich (MAM). Der Fokus des Projekts liegt auf der Schaffung einer modernen, energieeffizienten und sicheren Arbeitsumgebung, die den aktuellen und zukünftigen Anforderungen der Nutzer gerecht wird. Alle Maßnahmen orientieren sich an den vertraglich definierten Anforderungen sowie den spezifischen Vorgaben für den späteren Gebäudebetrieb. Die Unterstützung durch einen erfahrenen FM-Berater ist essenziell, um eine nahtlose Übergabe und einen optimalen Betrieb des Gebäudes sicherzustellen. Dies umfasst die Begleitung der Planung inkl. Ausschreibung der Bauleistungen, Ausschreibung der FM-Leistungen und Ausführung sowie die Sicherstellung der Berücksichtigung aller betrieblichen Anforderungen und Schnittstellen im Projektverlauf. Näheres hierzu ist der Anlage 5 "Projektbeschreibung" zu entnehmen.
Interne Kennung: VOEK 608-24

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/04/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# Vor Abgabe von

Teilnahmeanträgen ist eine Registrierung auf der Vergabeplattform erforderlich. Die

Registrierung ist kostenlos. Eine elektronisches Signaturzertifikat ist nicht notwendig. Auf

elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge außerhalb der e-Vergabeplattform des

Bundes, wie beispielsweise durch Telefax, Telegramm, Telex oder E-Mail, sind nicht

zugelassen und führen zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren. Schriftlich eingereichte

Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen und führen ebenfalls zum Ausschluss aus dem

Vergabeverfahren. Teilnahmeanträge können nur in Textform über die Vergabeplattform

eingereicht werden: — Teilnahmeanträge in Textform Angabe des Namens der natürlichen

Person, die die Erklärung abgibt, im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrags (Anlage 0) Die

Unternehmen übermitteln ihre Teilnahmeanträge in Textform nach § 126b des Bürgerlichen

Gesetzbuchs mithilfe elektronischer Mittel. Der Textform entspricht nach § 126b BGB jede lesbare, dauerhafte Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist und erkennbar ist, dass die Erklärung abgegeben wurde. — elektronische Teilnahmeanträge mit fortgeschrittener elektronischer Signatur / mit fortgeschrittenem elektronischem Siegel; Signatur im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrages (Anlage 0) — elektronische Teilnahmeanträge mit qualifizierter elektronischer Signatur / mit qualifiziertem elektronischem Siegel; Signatur im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrages (Anlage 0) Hinweis zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform: Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients und die Webanwendung AnA-Web sowie die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über die mit „Anwendungen“ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören für Unternehmen der Signatur-Client für Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen sowie die e-VergabeApp (Crypto-Client) zur Verschlüsselung von Teilnahmeanträgen und Angeboten. Die technischen Parameter der zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Webanwendung AnA-Web und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Webanwendung AnA-Web bzw. der Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selbst und der elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf <https://www.evergabe-online.info> bereit. Bei technischen Fragen zur e-Vergabe-Plattform wenden Sie sich bitte an e-Vergabe HelpDesk: Telefon: +49 (0) 22899 - 610 - 1234 E-Mail: ticket@bescha.bund.de Geschäftszeiten: Montag bis Donnerstag: 08:00 bis 16:00 Uhr Freitag: 08:00 bis 14:00 Uhr Für weitere Einzelheiten zum Vergabeverfahren wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: formale Eignung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Angaben zum Unternehmen (möglichst unter Angabe von Namen, Sitz, Postanschrift, Rechtsform, Gegenstand des Unternehmens, Nummer der Eintragung in einem öffentlichen Register, gesetzlicher Vertretung, Ansprechpartner, Telefon, Telefax, E-Mail-Adresse, gegebenenfalls zuständiger Niederlassung bzw. Standort, Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens) (siehe hierzu Anlage 1 – Bewerberauskunft). b) Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder vergleichbarer Registerauszug (als Anhang I, zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags nicht älter als sechs Monate, Kopie ausreichend). Ausländische Bewerber haben gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Diese sind zwingend ins Deutsche zu übersetzen. Ausnahme: Sollte es sich bei dem Bewerber um einen Unternehmer handeln, der z.B. als Freiberufler weder im Handelsregister / Partnerschaftsregister eingetragen ist, noch eine Gewerbeanmeldung benötigt, wird um einen entsprechenden Nachweis gebeten. c) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (siehe hierzu Anlage 1 – Bewerberauskunft) d) Zuschlagsverbot bei Bezug eines Bewerbers zu Russland: Das am 08.04.2022 veröffentlichte 5. EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen – z.T. auch außerhalb der EU-Vergaberichtlinien. Verboten sind demnach seit dem 09.04.2022

sowohl Auftragsvergaben an Unternehmen mit Bezug zu Russland im Sinne der EU-Richtlinie 2022/1269 vom 27.04.2023 – aufgenommen in die EU-Verordnung 833/2014 - als auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises, soweit auf diese zugezogenen Unternehmen mehr als 10 % des Auftragswertes entfallen. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, ist vom Bewerber eine entsprechende Erklärung in der Anlage 1.1 - Ergänzende Bewerberauskunft Russland Bezug - abzugeben. e) Anlage 4 - Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft: Dem Teilnahmeantrag einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist eine Erklärung beizulegen, in der sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft einem bevollmächtigten Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft Vertretungsmacht im Rahmen dieses Vergabeverfahrens einräumen, insbesondere hinsichtlich der rechtsverbindlichen Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie der Vornahme von Verfahrenshandlungen (siehe hierzu Anlage 4 – Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung). f) Eigenerklärung, dass im Wettbewerbsregister entsprechend § 2 Abs. 1 Nr. 4 WRegG keine rechtskräftigen Bußgeldentscheidungen mit einem Bußgeldwert von wenigstens 175.000 Euro wegen eines Verstoßes gegen § 24 Absatz 1 LkSG eingetragen sind und demnach die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 22 Abs. 1 LkSG nicht vorliegen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro der öffentliche Auftraggeber für den Bewerber/ Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 6 Abs. 1 WRegG einholen muss (siehe hierzu Anlage 1 – Bewerberauskunft). g) Wenn es sich um eine Bewerber-/Bietergemeinschaft handelt, so sind die vorstehend aufgeführten Nachweise für jedes Mitglied dieser Bewerber-/Bietergemeinschaft separat einzureichen. Für ausländische Bewerber ist der Nachweis der Eignung auch durch gleichwertige amtliche Bescheinigungen möglich. Nachweise in einer anderen als der deutschen Sprache sind mit einer beglaubigten Übersetzung abzugeben. h) ggf. Anlage 2 –Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer i) ggf. Anlage 3 – Erklärung zur Eignungslieferung anderer Unternehmen j) Anlage 6 – Vertraulichkeitsverpflichtung: Dem Teilnahmeantrag ist die unterschriebene Vertraulichkeitsverpflichtung beizulegen.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gefordert sind eine Erklärung (siehe Anlage 1 – Bewerberauskunft) und der Nachweis (als Anhang II) einer Berufs-

/Betriebshaftpflichtversicherung mit Angabe der Deckungssumme je Versicherungsfall • für

Personenschäden • für Sachschäden • für Vermögensschäden mit Angabe des

Versicherungsunternehmens, wobei die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines

Versicherungsjahres jeweils das Zweifache dieser Deckungssumme beträgt. Alternativ kann

eine Erklärung und ein Nachweis eines Versicherers abgegeben werden, dass im Auftragsfall

eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird. Die Vorlage soll zum Zeitpunkt des

Fristendes für den Teilnahmeantrag nicht älter sein als 6 Monate. Mindestanforderung:

Erklärung und Nachweis einer bestehenden Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit

Angabe der folgenden Deckungssummen je Schadensfall (pro Versicherungsfall mindestens

zweifach maximiert) durch Vorlage einer Kopie der Police / Kopie des Nachweises: - für

Personenschaden: 1 Mio. Euro (pro Schadensfall) - für Sachschäden 1 Mio. Euro (pro

Schadensfall) - für Vermögensschäden: 1 Mio. Euro (pro Schadensfall)

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Gesamtumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gefordert ist eine Erklärung über den durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre – d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren 2021, 2022 und 2023 abgeschlossen wurden (siehe Anlage 1 – Bewerberauskunft), sofern das Unternehmen länger als 3 Jahre am Markt ist.

Mindestanforderung: Keine

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gefordert ist eine Erklärung über den durchschnittlichen Jahresumsatz im konkreten Tätigkeitsbereich der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre - d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren 2021, 2022 und 2023 abgeschlossen wurden (siehe Anlage 1 – Bewerberauskunft), sofern das Unternehmen länger als 3 Jahre am Markt ist. Mindestanforderung: Durchschnittlicher Jahresumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre im konkreten Tätigkeitsbereich (Beratungsleistungen Facility Management) von mehr als 0,3 Mio. Euro (netto). Hinweis der Auftraggeberin: Auf Verlangen sind geeignete Nachweise (z.B. Bilanzen und Jahresabschlüsse oder vergleichbare Dokumente) vorzulegen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Unternehmensdarstellung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat eine Vorstellung seines Unternehmens und ggf. die Einbeziehung von Unterauftragnehmern sowie ein Organigramm bzw. mehrere Organigramme für die vorhergesehene ggf. mit Berücksichtigung des Unterauftragnehmer-Einsatzes als gesondertes Dokument (als Anhang III – Unternehmensdarstellung) einzureichen. Mindestanforderung: Einreichung einer Unternehmensvorstellung als gesondertes Dokument. Hinweis der Auftraggeberin: Die maximale Seitenanzahl soll 2 DIN A4-Seiten nicht überschreiten.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Anzahl der Beschäftigten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat die jeweilige Anzahl der festangestellten Mitarbeiter a) bezogen auf Vollzeitstellen im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre (2021, 2022, 2023) und b) bezogen auf derzeitige Vollzeitstellen, die überwiegend als Berater im Bereich Facility Management, davon Berater im Bereich Infrastrukturelles Gebäudemanagement (IGM) sowie Berater im Bereich Technisches Gebäudemanagement (TGM)), tätig sind, anzugeben. Mindestanforderung: Keine

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Unternehmensreferenzen – Planungs- und baubegleitendes Facility-Management

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat Unternehmensreferenzen einzureichen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind und die Projekte betreffen, deren Leistungen in den letzten acht Jahren erbracht worden sind. Durch den Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft sind folgende nach ihrer Art und ihrem Umfang vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Für die geforderten Referenzangaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (Anlage 1 – Bewerberauskunft) mit den Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll. Die Darstellung aller Referenzen muss folgende Angaben beinhalten (Grundanforderungen): • Name des Unternehmens / Bewerbers / Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft / Unterauftragnehmers, welcher/s die Referenz erbracht hat • Name und Adresse des Referenzbeauftragten sowie Benennung des dortigen Ansprechpartners mit Telefonnummer / E-Mailadresse (Zur Überprüfung der Referenz erforderlich. Die Informationen werden nicht an Dritte weitergegeben und die Bestimmungen der DSGVO eingehalten) • Benennung des Referenzprojekts (Titel) • Kurzbeschreibung des Referenzprojekts und der erbrachten Leistung • Anschrift des Referenzprojekts • Zeitraum der Leistungserbringung • Angabe der Leistungsart und -umfang Verlangt werden Angaben zu ausgeführten Referenzprojekten, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Als vergleichbare Referenzen werden von der Auftraggeberin insbesondere folgende Leistungen, die in den letzten acht Jahren in wesentlichen Teilen erbracht wurden bzw. kurz vor dem Abschluss stehen, angesehen: Referenzen – Planungs- und baubegleitendes Facility-Management Wünschenswert sind 3 Referenzen a) Leistungsart: (1) Planungs- und baubegleitendes FM im Rahmen einer Baumaßnahme, die die Sanierung, den Umbau oder die Modernisierung eines Hochbauprojekts mit hohem Installationsgrad und hoher technischer Komplexität (in Anlehnung für Büro/Verwaltung/Staat/Kommune mindestens Honorarzone III oder höher) beinhaltet (2) FM-Beratung der Leistungsphasen 2-5 der HOAI (3) Tatsächliche Baukosten (KG 300-400) > 10 Mio. EUR, netto b) Leistungsumfang: (1) Durchführung strukturierter Maßnahmen in der Qualitätssicherung als FM-Berater in den LP 1-8, Prozessdefinition und modellbasierte FM-Beratung in den LP 1-8 und/oder Mitwirkung an einer FM-Beratung in den LP 1-8 (2) Bauvolumen: • Tatsächliche Baukosten (KG 300 -400) ≥ 60 Mio. EUR, netto • Tatsächliche Baukosten (KG 300 -400) ≥ 30 Mio. EUR, netto • Tatsächliche Baukosten (KG 300 -400) ≥ 10 Mio. EUR, netto (3) Projektgröße BGF in m² (tatsächlich geplante Fläche): • Mehr als 15.000 m² • Bis einschl. 15.000 m² • Bis einschl. 10.000 m² (4) Zertifizierung Nachhaltigkeit Erbringung von Leistungen für ein zertifiziertes Gebäude (nach BNB Bronze oder höher, DGNB, BREEAM oder vergleichbar) (5) Öffentlicher Referenzbeauftragter c) Mindestanforderung: Es müssen mindestens 2 Referenzen vorliegen, die jeweils kumulativ die Leistungsart umfassen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sicherheitsüberprüfung des vorgesehenen Personals

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestanforderung: Der/Die Bewerber versichert /versichern (Anlage 1 – Bewerberauskunft), dass das vom Bewerber für den Auftrag

vorgesehene Personal sich - in der Geheimschutzbetreuung des BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) be-finden oder - zur Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung gem. § 8 Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) be-reit erklärt.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Vergabe-, Vertrags- und Projektsprache

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber versichert (Anlage 1 – Bewerberauskunft), dass die Vergabe- und Vertragskorrespondenz in deutscher Sprache erfolgt und die Projektsprache Deutsch ist. Mindestanforderung: Abgabe der Erklärung, dass die Vergabe- und Vertragskorrespondenz in deutscher Sprache erfolgt und die Projektsprache Deutsch ist.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: 40 % Gewichtung

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: 60 % Gewichtung

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=741147>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 21/03 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=741147>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/02/2025 09:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es werden alle Unterlagen nach Maßgabe des § 56 VgV nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf folgende Rechtsvorschriften verwiesen: § 134 GWB Informations- und Wartepflicht, § 135 GWB Unwirksamkeit und § 160 GWB Einleitung, Antrag. Besonders hervorzuheben ist dabei: § 134 Abs. 1,2 GWB: „(1) Öffentliche Auftraggeber haben Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.“ § 135 Abs. 1 GWB: „(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1. gegen § 134 verstoßen hat oder 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.“ § 160 GWB: „(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“ Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass sämtliche vorgenannten Fristen für die Erhebung von vergaberechtlichen Rügen gegenüber der Auftraggeberin und die Fristen für die Wahrung der Zulässigkeit eines Nachprüfungsverfahrens zu beachten sind. Es gelten hinsichtlich des genauen Wortlauts der vorbenannten gesetzlichen Regelungen im Übrigen die Verfahrensleitfaden.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Registrierungsnummer: 0204: <991-80032-33>

Postanschrift: Ellerstraße 56

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: 0204: 991-02380-92

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

b9723f28-d23a-4253-9cdb-17272a28ef4f-02

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1baa75d4-bfd0-4e32-b276-518ddc267444 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/03/2025 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 150825-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 47/2025

Datum der Veröffentlichung: 07/03/2025